

„Alle werden lernen müssen, in diesem Winter zu verzichten“

Stand: 06:53 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

Von Daniele Raffaele Gambone

Kommt es beim Gas zu einem Verteilungskampf zwischen Wirtschaft und Gesellschaft? Bundesnetzagentur-Chef Müller will bei „hart aber fair“ eine Gasmangellage für den Winter nicht ausschließen und rät zum Sparen. Bei einer Gruppe dürfte es dafür aber kaum Spielraum geben.

Wenn es noch eines Beweises bedürfte, dass 2022 kein gewöhnliches Jahr ist, ein Blick auf die Themenwahl der ARD-Talkshow „Hart aber fair“ würde genügen, um selbst größte Zweifler zu überzeugen. Mitten im August und frisch aus der Sommerpause zurückgekehrt, widmete sich Frank Plasberg mit seinen Gästen eventuellen Heizproblemen in der kalten Jahreszeit.

„Frieren im Winter, bangen um Jobs: Was kommt, wenn uns das Gas ausgeht?“, fragte der Moderator am Montagabend die SPD-Vorsitzende Saskia Esken, das CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn, den Evonik-Chef Christian Kullmann, den Leiter der Bundesnetzagentur Klaus Müller sowie Verena Bentele, die Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland.

Wundern konnte das freilich niemand, denn die sich abzeichnende Energiekrise beschäftigt Privathaushalte und Unternehmen noch mehr als der Krieg in der Ukraine, der daran entscheidenden Anteil hat.

Das war es dann aber auch fast schon mit Gemeinsamkeiten. Um die knappe Ressource Gas könnte es zwischen Bürgern und Wirtschaft nämlich zu einem Verteilungskampf kommen, wie an den Äußerungen Benteles und Kullmanns deutlich wurde.

Droht entweder eine „soziale Krise“ oder der „Wirtschaftskollaps“?

Während die Leiterin des größten deutschen Sozialverbands von einer „sozialen Krise“ sprach für den Fall, dass an der Versorgung der Privatpersonen gespart werde, warnte der

Präsident des Verbands der Chemischen Industrie vor einem „Wirtschaftskollaps“ und forderte eine Priorisierung der Arbeitsplatzsicherung.

„Arbeit ist auch sozialer Kitt dieser Gesellschaft“, gab Kullmann zu bedenken. Nur als starke Volkswirtschaft sei Deutschland in der Lage, sich solidarisch gegenüber der Ukraine zu zeigen und den Sozialstaat aufrechtzuerhalten. „Jetzt ist keine Zeit für Wasserballott, jetzt ist Zeit für Brustschwimmen, und da muss der Kopf über Wasser gehalten werden“, dichtete der Vorstandsvorsitzende des Essener Spezialchemieriesen Evonik Industries AG.

Dass der Kopf beim Brustschwimmen ganz im Gegenteil, wenigstens zum Ausatmen, unter die Wasseroberfläche gehört, wenn man ordentlich vorankommen will, ändert wenig an der Aussagekraft des Bildes: Nur wenn sie mit den entsprechenden Rohstoffen am Laufen gehalten wird, kann die Wirtschaft weiterhin die Grundlage für Wohlstand und sozialen Frieden bereitstellen.

Evonik-Chef: Gasumlage für Chemiebranche wie Lebertran auf ex

„Alle werden lernen müssen, in diesem Winter zu verzichten“, sagte der Vertreter der Chemieindustrie weiter. Der Staat könne das nicht für alle, sondern nur für die besonders Bedürftigen auffangen. Für seine eigene Branche fühle sich etwa die Gasumlage an wie eine Flasche Lebertran, die man auf ex trinke, aber nur so komme man eben durch diese Krise, erläuterte Kullmann.

„Es gab keine gute Alternative dazu, und insofern ist es jetzt bitter“, räumte Klaus Müller zur Gasumlage ein. Andernfalls hätte man es mit vielen Pleiten auf der Gasimportkette zu tun bekommen, so der Präsident der Bundesnetzagentur. Zu den Sparmaßnahmen in Wirtschaft und Gesellschaft sagte der Behördenchef: „Wir sehen signifikante Einsparungen aufseiten der Industrie, wir sehen sie noch nicht bei privaten Haushalten, was im Sommer auch nicht weiter verwunderlich ist.“ Umso wichtiger sei es, dass Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Sozialverbände und Verbraucherschützer nun darüber redeten, wie man ab der Heizsaison Gas sparen könne.

„Es ist nichts schönzureden, der Weg ist noch ein weiter, ich kann eine Gasmangellage nicht ausschließen“, stellte Müller fest. Allerdings sei diese auch kein unabwendbares Ereignis,

machte der ehemalige Verbraucherschützer den Zuschauern Mut und vergaß nicht, eine deutliche Aufforderung zum Energiesparen einfließen zu lassen.

Sozialvertreterin Bentele fordert bezahlbaren Grundbedarf

„Für mich ist wirklich das Wichtigste, erst mal auch den Menschen zu sagen: Im Winter wird jetzt niemand frieren müssen“, konstatierte hingegen Bentele und erinnerte daran, dass das Einsparpotenzial bei Menschen mit wenig Geld gering sei. Die Sozialvertreterin machte sich vielmehr für die Gewährleistung eines bezahlbaren Energiegrundbedarfs stark.

„Die, die am wenigsten haben, die sparen ohnehin schon. Denen muss man nicht erklären, wie man kalt duscht“, pflichtete SPD-Chefin Esken bei. „Die Entlastungen werden kommen“, versprach sie, ohne allerdings besonders konkret zu werden. Danach gefragt, verwies Esken auf die bereits laufenden oder beschlossenen Maßnahmen und fügte hinzu: „Wir hoffen doch, dass wir mit weiteren Entlastungen vor allem die unterstützen können, die sich eben nicht alleine helfen können.“

Die Probleme gingen „bis weit in die Mittelschicht hinein“, hielt Oppositionspolitiker Spahn dem entgegen. Der Christdemokrat attestierte der Ampelregierung vor allem handwerkliche Fehler, so etwa bei der aus seiner Sicht zynischen Erhebung der Mehrwertsteuer auf die Gasumlage, sowie eine Verschleppungstaktik bei den Hilfsmaßnahmen. „Jeden Tag gibt es einen Vorschlag, wie man entlasten könnte, aber es wird eben nichts entschieden“, bemängelte er.

Auch dass die Bundesnetzagentur im Falle einer Mangellage alleine über die Verteilung der Energieträger entscheiden könne, stieß bei Spahn auf Kritik. Eine solche Entscheidung sollte eine politische sein und von gewählten Repräsentanten getroffen werden, erklärte der CDU-Politiker. „Das wäre so, als hätte das Robert Koch-Institut die Coronamaßnahmen beschlossen“, lautete der entsprechende Vergleich des ehemaligen Bundesgesundheitsministers.

Trotz dieser Attacken von Spahns Seite verlief die Debatte weniger kontrovers, als man es angesichts der Konfliktlinien zwischen den Teilnehmern hätte erwarten können. Einen Moment absoluter Einigkeit gab es dennoch erst am Ende, als der zugeschaltete Tagsthemen-Moderator Helge Fuhst den Aufruf des Linke-Parteichefs Martin Schirdewan

zu Montagsdemos zitierte. Dieser erntete Moderator Plasberg zufolge allgemeines Kopfschütteln bei den Diskutanten. Deren kollektive Hoffnungen ruhten wohl auf einem milden Winter, einen „heißen Herbst“, wie von Schirdewan kürzlich gefordert, schien sich dagegen keiner von ihnen zu wünschen.

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) oder direkt per RSS-Feed.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240500431>